

INHALTSVERZEICHNIS

Die Struktur des Sachenrechts	1
1. Der Sachbegriff	1
1.1 Bewegliche Sachen	1
1.2 Grundstück	1
1.3 Hauptsache	2
2. Die Darstellung des Sachenrechts	2
3. Das Entstehen und die Rechtsänderung der Rechte an beweglichen Sachen	2
1. Teil: Die rechtsgeschäftliche Übertragung des Eigentums durch den Berechtigten	3
1. Abschnitt: Die Übereignung gemäß § 929 S. 1 durch Einigung und Übergabe	3
1. Die Einigung	3
1.1 Der Inhalt der Einigungserklärung	3
1.2 Die Art und Weise des Zustandekommens der Einigung	4
1.3 Die konkludente Einigung	5
1.3.1 Die Einigung bei der Übergabe	5
Fall 1: Zu spät	5
Abwandlung	6
1.3.2 Die konkludente Einigung bei Abschluss des Verpflichtungsvertrags	8
1.3.3 Die Übereignung gemäß § 929 S. 1 bei „tatsächlichen Warenangeboten“	8
2. Die Tatbestandsmerkmale der Übergabe	12
2.1 Besitzerwerb auf Erwerberseite	12
2.1.1 Der Erwerb des unmittelbaren Besitzes	12
2.1.2 Der Erwerb des mittelbaren Besitzes gemäß § 868	14
2.1.3 Besitzerwerb durch eine Geheißperson des Erwerbers	15
2.2 Auf Veranlassung des Veräußerer zum Zwecke der Eigentumsübertragung	15
2.3 Besitzverlust auf Veräußererseite	16
Fall 2: Abgekürzte Lieferung	17
2.4 Ein Wechsel des unmittelbaren Besitzes ist nach h.M. nicht erforderlich	19
3. Das Einigsein; der Widerruf der Einigung	20
3.1 Der Widerruf der vorweggenommenen Einigung	20

3.2 Die vom Erblasser veranlasste, aber vom Erben nicht gewollte Eigentumsübertragung	21
Fall 3: Unwillentlich	21
4. Die Berechtigung des Veräußerer	23
4.1 Berechtigung des verfügberechtigten Eigentümers	23
4.2 Berechtigung des Nichteigentümers kraft Gesetzes	23
4.3 Berechtigung des Nichteigentümers mit Zustimmung des Berechtigten	24
2. Abschnitt: Die Übergabesurrogate gemäß §§ 929 S. 2 bis 931	24
1. Die Übergabe „kurzer Hand“ nach § 929 S. 2	25
1.1 Der Erwerber muss im Besitz der Sache sein	25
1.2 Der Veräußerer darf keinerlei besitzrechtliche Beziehung haben	25
2. Der Ersatz der Übergabe durch ein Besitzkonstitut, § 930	26
2.1 Die vorweggenommene Einigung, das vorweggenommene Besitzkonstitut	26
Fall 4: Oldtimer-Kauf	27
2.2 Die Übereignung nach §§ 929 S. 1, 930 bei einem gesetzlichen Besitzmittlungsverhältnis	28
2.2.1 Besitzkonstitut kraft Gesetzes aufgrund ehelicher Lebensgemeinschaft	28
Fall 5: Der Hochzeitsperser	28
2.2.2 Ein gesetzliches Besitzmittlungsverhältnis wird auch durch die elterliche Vermögenssorge begründet	30
3. Der Ersatz der Übergabe durch Abtretung des Herausgabeanspruchs, § 931	30
3.1 Veräußerer ist mittelbarer Besitzer	30
3.2 Veräußerer ist nicht mittelbarer Besitzer	31
3.3 Anspruch des Veräußerers aus § 985	31
4. Die Wahl des Übereignungstatbestandes, wenn der Veräußerer mittelbarer Besitzer ist	31
3. Abschnitt: Die Eigentumsübertragung unter Einschaltung eines Vertreters	32
1. Der Vertreter handelt im Namen des Vertretenen – Veräußerers oder Erwerbers –	33
1.1 Handeln des Vertreters mit Einverständnis des Veräußerers	33
1.2 Handeln des vertretungsberechtigten Vertreters ohne oder gegen den tatsächlichen Willen des Veräußerers	33
Fall 6: Der Antiquitätenhändler auf Weltreise	33
1.3 Der Vertreter will für sich selbst Eigentum erwerben, ohne dies zum Ausdruck zu bringen	34

2. Der Eigentumswechsel bei der mittelbaren Vertretung	35
2.1 Der mittelbare Vertreter handelt für den Veräußerer	35
2.2 Der mittelbare Vertreter wird für den Erwerber tätig	35
2.2.1 Die Übereignung durch ein Geschäft an den, den es angeht	36
2.2.2 Der Veräußerer übereignet an den mittelbaren Stellvertreter	36
4. Abschnitt: Die Eigentumsübertragung an den Ehegatten oder den Lebensgefährten	38
1. Die Eigentumsübertragung an den Ehegatten	38
2. Der Eigentumserwerb von Haushaltsgegenständen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	38
5. Abschnitt: Das Verhältnis des Verpflichtungs- zum Verfügungsgeschäft	39
Übersicht: Die Eigentumsübertragung gemäß §§ 929–931	40
2. Teil: Der Erwerb vom Nichtberechtigten sowie der lastenfreie Erwerb	41
1. Abschnitt: Gutgläubiger Erwerb nach den §§ 932 ff.	41
1. Die Einigung gemäß § 929 S. 1	42
2. Übergabe bzw. Übergabesurrogate	42
3. Einigsein	42
4. Die Überwindung des fehlenden Eigentums des Veräußerers	43
4.1 Rechtsgeschäft im Sinne eines Verkehrsgeschäfts	43
4.1.1 Keine Anwendung der §§ 932 ff. beim gesetzlichen Erwerb	43
4.1.2 Verkehrsgeschäft	43
4.2 Der erforderliche Rechtsschein des Besitzes	44
4.2.1 Der Rechtsschein des Besitzes bei einer Übergabe gemäß §§ 929 S. 1, 932 Abs. 1 S. 1	45
Fall 7: Hemdenlieferung	46
4.2.2 Der gutgläubige Eigentumserwerb gemäß §§ 929 S. 1, 932 Abs. 1 S. 2	48
4.2.3 Der gutgläubige Eigentumserwerb gemäß §§ 929 S. 1, 930, 933	48
4.2.4 Der gutgläubige Eigentumserwerb gemäß §§ 929 S. 1, 931, 934	49
Fall 8: Unentschlossener Lagerverwalter	51
4.3 Die Gutgläubigkeit des Erwerbers	52
4.3.1 Grob fahrlässige Unkenntnis des Erwerbers	52
4.3.2 Für den Erwerber handelt Vertreter	53
4.3.3 Besitzererwerb durch „Hilfsperson“	54

4.4 Der Ausschluss des Erwerbs vom Nichtberechtigten gemäß § 935	54
4.4.1 Organ einer juristischen Person	54
4.4.2 Besitzdiener	54
4.4.3 Wahre Erben	55
4.4.4 Entzug oder willentliche Übertragung	55
4.4.5 Unmittelbarer Besitzer besitzt nicht für den Eigentümer	56
4.5 Der Rückerwerb durch den Nichtberechtigten	57
Übersicht: Der Erwerb vom Nichtberechtigten gemäß §§ 932 ff.	58
2. Abschnitt: Der erweiterte Gutglaubenserwerb	59
1. Der erweiterte Gutglaubenserwerb nach § 366 HGB	59
2. Der Erwerb vom Eigentümer, der in der Verfügungsmacht beschränkt ist	60
2.1 Die relative Verfügungsbeschränkung	60
Fall 9: Doppelverkauf	61
2.2 Das absolute Veräußerungsverbot	63
3. Abschnitt: Der gutgläubige lastenfreie Erwerb gemäß § 936	63
1. Die Voraussetzungen für den gutgläubigen lastenfreien Erwerb	64
2. Ausnahme von der Möglichkeit des lastenfreien Erwerbs gemäß § 936 Abs. 3	64
Übersicht: Überblick zum erweiterten Erwerb vom Nichtberechtigten	65
3. Teil: Das Sicherungseigentum	66
Einleitung	66
1. Abschnitt: Die Übereignung zur Sicherung von Forderungen	67
1. Die Einigung	68
1.1 Der Bestimmtheitsgrundsatz	68
1.1.1 Die Raumsicherung	68
1.1.2 Die Markierungsübereignung	69
1.1.3 Die Übereignung aller Sachen einer bestimmten Gattung	69
1.1.4 Die Übertragung aller Rechte	69
1.1.5 Keine Bestimmtheit bei bloßer Mengen- und Wertangabe	70
1.2 Grundsätzlich keine auflösend bedingte Sicherungsübereignung	70
1.3 Nichtigkeit der Einigung nach § 138 Abs. 1	71
1.3.1 Knebelung	71
1.3.2 Anfängliche Übersicherung	71
2. Besitzmittlungsverhältnis	72
3. Berechtigung des Sicherungsgebers	72

2. Abschnitt: Der Sicherungsvertrag	72
3. Abschnitt: Das Sicherungseigentum in der Zwangsvollstreckung und im Insolvenzverfahren	74
1. Rechte des Sicherungsnehmers	74
2. Rechte des Sicherungsgebers	75
Übersicht: Das Sicherungseigentum	76
4. Teil: Das Anwartschaftsrecht auf Eigentumserwerb an beweglichen Sachen	77
Überblick	77
1. Zwei Rechtsgeschäfte	77
1.1 Unbedingter Kaufvertrag	77
1.2 Aufschiebend bedingtes Eigentum	77
2. Zwei Berechtigte	77
2.1 Verkäufer	77
2.2 Käufer	77
2.3 Vom Eigentümer getroffene Verfügung	77
1. Abschnitt: Das Entstehen des Anwartschaftsrechts	78
1. Der Eigentumsvorbehalt in AGB	79
1.1 In den Kaufvertrag einbezogene AGB	79
1.2 Der Eigentumsvorbehalt in den AGB, die nach Kaufabschluss aber vor Übergabe ausgehändigt werden	80
1.3 Der Eigentumsvorbehalt in einander widersprechenden AGB	80
Übersicht: Eigentumsvorbehalt in den AGB	82
2. Der einfache, erweiterte, nachgeschaltete, nachträgliche und verlängerte Eigentumsvorbehalt	82
2.1 Der einfache Eigentumsvorbehalt	82
2.2 Der erweiterte Eigentumsvorbehalt	82
2.3 Der nachgeschaltete und weitergeleitete Eigentumsvorbehalt	83
2.4 Der nachträgliche Eigentumsvorbehalt	83
2.5 Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	84
2.5.1 Der Inhalt des verlängerten Eigentumsvorbehalts	84
2.5.2 Die Ermächtigung sowie der Widerruf	85
2.5.3 Die Vorausabtretung der Forderung	85
2.5.4 Die Vorausabtretung einer Forderung kann unwirksam sein	86
3. Der Erwerb des Anwartschaftsrechts vom Nichteigentümer	87

2. Abschnitt: Die Übertragungsmöglichkeiten des Anwartschaftsberechtigten	88
1. Die Übertragung des Anwartschaftsrechts	88
1.1 Die Übertragung durch den Anwartschaftsberechtigten entsprechend §§ 929 ff.	88
Fall 10: Durch oder direkt	89
Abwandlung	90
1.2 Die fehlgeschlagene Eigentumsübertragung enthält die Übertragung des Anwartschaftsrechts	90
1.3 Die Übertragung des Anwartschaftsrechts durch den Nichtberechtigten	91
2. Die Übertragung des Eigentums beim verlängerten Eigentumsvorbehalt	92
2.1 Die Ermächtigung gemäß § 185 Abs. 1	92
2.2 Die Veräußerung unter Vereinbarung eines Abtretungsverbotes	92
3. Abschnitt: Die Belastung und das Erlöschen des Anwartschaftsrechts	92
1. Die Belastung des Anwartschaftsrechts	92
1.1 Die Belastung des Anwartschaftsrechts mit einem rechtsgeschäftlichen Pfandrecht	92
1.2 Die Belastung kraft Gesetzes	92
1.3 Das Pfändungspfandrecht am Anwartschaftsrecht	93
2. Das Erlöschen des Anwartschaftsrechts	93
2.1 Erlöschen	93
2.2 Die Aufhebung des Anwartschaftsrechts, das mit dem Recht eines Dritten belastet ist	94
2.3 Die Aufhebung des Anwartschaftsrechts, das der Käufer einem Dritten übertragen hat	94
4. Abschnitt: Die Rechte und Pflichten des Anwartschaftsberechtigten	94
1. Die Ansprüche des Anwartschaftsberechtigten gegenüber Dritten	95
1.1 Die Herausgabeansprüche	95
1.2 Der Schadensersatzanspruch gemäß § 823 Abs. 1	95
Fall 11: Zerstörtes Vorbehaltsgut	96
1.3 Die Ansprüche des Anwartschaftsberechtigten nach den Vorschriften über den Eigentumsschutz	97
2. Die Rechte und Pflichten gegenüber dem Eigentümer	98
2.1 Kauf- bzw. Sicherungsvertrag	98
2.2 Der Schutz des Anwartschaftsberechtigten vor Verfügungen	98
Fall 12: Geschützt bedingter Erwerb	98
2.3 Das Anwartschaftsrecht als Recht zum Besitz	100
Abwandlung von Fall 12	100
2.4 Schutz des Anwartschaftsrechts in der Insolvenz	101
Übersicht: Das Anwartschaftsrecht	102

5. Teil: Der Eigentumserwerb durch Gesetz oder Hoheitsakt	103
1. Abschnitt: Verbindung, Vermischung, Verarbeitung, §§ 946–951	103
1. Die Grundstücksverbindung gemäß § 946	103
1.1 Die wesentlichen Bestandteile einer Sache	104
1.1.1 Die Bestandteile einer Sache	104
1.1.2 Die wesentlichen Bestandteile, §§ 93, 94	104
1.1.3 Die Scheinbestandteile gemäß § 95	105
1.2 Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung Bestandteil – wesentlicher Bestandteil – Scheinbestandteil	106
Fall 13: Nicht bezahlte eingebaute Heizung	106
Abwandlung	109
Übersicht: Der Eigentumserwerb durch Verbindung, § 946	111
2. Die Fahrnisverbindung gemäß § 947	112
2.1 Das Eigentum an der zusammengesetzten Sache gemäß § 947 Abs. 1 und 2	112
2.2 Wesentlicher Bestandteil	112
Fall 14: Eingebautes Motorgehäuse	113
3. Die Vermischung und Vermengung beweglicher Sachen gemäß § 948	114
3.1 Untrennbarkeit	114
3.2 Anwendung der §§ 948, 947 auf Geld umstritten	114
4. Die Verarbeitung gemäß § 950	115
4.1 Die Herstellung einer neuen Sache	115
4.2 Das Verhältnis von Verarbeitungs- und Stoffwert	116
Fall 15: Der unvollständige Motor	116
4.3 Der Begriff des Herstellers i.S.d. § 950	117
Fall 16: Ziegenlämmer-Handschuhe	118
2. Abschnitt: Der Erwerb von Erzeugnissen und sonstigen Bestandteilen gemäß §§ 953 ff.	121
1. Die Regelungen der §§ 953, 954	121
2. Der Eigentumserwerb an Früchten gemäß § 955 durch den Eigen- und Nutzungsbesitzer	122
2.1 Berechtigter Eigenbesitzer	122
2.2 Unrechtmäßiger gutgläubiger Eigenbesitzer	122
2.2.1 Gutgläubigkeit; Eigen- oder Nutzungsbesitz	122
2.2.2 Dingliche Zuordnung	123
3. Der Eigentumserwerb durch Gestattung der Aneignung gemäß § 956	123
Fall 17: Späte Eichenfällung	123
4. Der gutgläubige Eigentumserwerb an Erzeugnissen und sonstigen Bestandteilen gemäß § 957 aufgrund der persönlichen Gestattung durch einen Nichtberechtigten	125
Fall 18: Apfelernte	126

3. Abschnitt: Ersitzung, Aneignung und Fund	
(§§ 937 ff., 958 ff., 965 ff.)	127
1. Die Ersitzung gemäß §§ 937 ff.	127
1.1 Voraussetzungen	127
1.2 Rechtsfolgen	127
2. Die Aneignung gemäß §§ 958 ff.	128
3. Der Fund gemäß §§ 965 ff.	128
3.1 Voraussetzungen	128
3.2 Sonderregeln	129
4. Abschnitt: Der Eigentumserwerb kraft Hoheitsaktes	129
6. Teil: Das Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten	131
1. Abschnitt: Das Pfandrecht an beweglichen Sachen	131
1. Das vertragliche Pfandrecht an beweglichen Sachen	132
1.1 Das Entstehen des vertraglichen Pfandrechts	132
1.1.1 Die Bestellung des Pfandrechts gemäß §§ 1204–1208	132
1.1.2 Erwerb eines Pfandrechts aufgrund einer AGB-Regelung	134
1.1.3 Das irreguläre – unregelmäßige – Pfandrecht	134
1.2 Der Übergang des vertraglichen Pfandrechts kraft Rechtsgeschäfts und kraft Gesetzes	135
1.2.1 Die rechtsgeschäftliche Übertragung des Pfandrechts gem. §§ 398, 1250, 401	135
Fall 19: Die durch Drohung bewirkte Pfandrechtsbestellung	136
1.2.2 Übergang des Pfandrechts kraft Gesetzes	136
1.3 Die Rechte und Pflichten des Pfandgläubigers bis zur Verwertung	138
1.3.1 Beeinträchtigung des Pfandes	138
1.3.2 Pflichten des Pfandgläubigers im Verhältnis zum Verpfänder	138
1.4 Die Verwertung des Pfandes	138
1.4.1 Wer ist zur Verwertung befugt?	139
1.4.2 Wie ist die Verwertung durchzuführen?	139
1.5 Die Rechte am Versteigerungserlös gemäß § 1247	141
1.6 Das Erlöschen des Pfandrechts an beweglichen Sachen	142
Übersicht: Das vertragliche Pfandrecht an beweglichen Sachen	143
2. Das gesetzliche Pfandrecht an beweglichen Sachen	144
2.1 Die Entstehung des gesetzlichen Pfandrechts	144
2.2 Ein kraft Gesetzes entstandenes Pfandrecht untersteht nach § 1257 den Grundsätzen des Vertragspfandrechts	145

2. Abschnitt: Das Pfandrecht an Rechten und Forderungen	145
1. Das Entstehen des vertraglichen Pfandrechts an Rechten und Forderungen	145
1.1 Die Einigung für das Entstehen	145
1.2 Die zum Entstehen des Pfandes an Rechten erforderliche Übergabe sowie die Anzeigepflicht	146
Fall 20: Verpfändung eines Sparguthabens	146
1.3 Der Verpfändner muss Berechtigter sein	147
2. Die Übertragung des Pfandrechts an Rechten	148
3. Die Rechte und Pflichten der Beteiligten	148
4. Die Verwertung des Pfandrechts an Rechten und Forderungen	148
4.1 Befriedigung des Pfandgläubigers	148
4.2 Für die Verwertung von Forderungen gelten die §§ 1281 ff.	148
5. Das Erlöschen des vertraglichen Pfandrechts an Rechten	149
Stichwortverzeichnis	150